

Erscheint
an allen Verlagen.
Bezugspreis
für Monat November M.
in der Geschäftsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungshändler 270.—
am Postamt 265.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.
Bemüher: 4246, 2273,
8110, 2249.

Postkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Das also war des Pudels Kern.

Wie reichsdeutsche Zeitungen mitteilten, erklärte eine mit den Verhältnissen in Oberschlesien auf das beste vertraute Persönlichkeit: Die bislang bekanntgegebene Teilungslinie, deren Verlauf von dem Völkerbundsrat mit politischen Gesichtspunkten begründet wird, erscheint dem Kenner der oberschlesischen Verhältnisse genau den wirtschaftlichen Verhältnissen etwa eines Königs angepasst, der die reichsten Gebiete Oberschlesiens zusammen mit dem polnischen Kohlenrevier großzügig in ein neues wirtschaftliches Gebilde umorganisieren und ausbeuten will. Die beabsichtigte Teilungslinie gibt Polen fast die gesamten noch nicht abgebaute hochwertigen Eisenerzfelder, deren Ausdeutung bisher durch ihre Lage unter der Sandschicht erschwert war. Sie gibt ferner die Gesamtausbauung des Zinns und vor allem auch die gewaltigen Wälder, die sich nördlich Tarnowith erstrecken, an Polen, außerdem alle Kohlenfelder der Zukunft, an deren Aushub man bis heute noch nicht geschritten war. Zudem befindet sich in dem abzutretenden Industriegebiet auch die Stelle an der Malapane, auf der das zukünftige Wasserwerk für das oberschlesische Industriegebiet angebaut werden sollte, da die bisherige Wasserversorgung in absehbarer Zeit sich zu erschöpfen drohte. Ein Zeitraum von etwa fünfzehn Jahren, währenddessen das Industriegebiet in ein noch vom Völkerbundsrat vorgesehenes Übergangsstadium der Verwaltung treten soll, würde vollaus genügen, um das an Polen abzutretende Gebiet in der Elektrizitäts- und Wasserversorgung selbstständig zu machen. Nach diesem Zeitraum würden die bei Deutschland verbleibenden Kohlegebiete und Industrieanlagen von dem an Polen gegebenen Kern des Industriegebietes leicht als wertlos abgelöst werden können. Die von den Sachverständigen des Völkerbundsrates vorgeschlagene Teilungslinie des oberschlesischen Industriegebietes erscheint demnach als das Produkt eingehendsten Studiums auf der Basis einseitig wirtschaftlicher Interessen. Man könnte daher leicht auf die Kombination kommen, daß die Urheber der Teilungslinie stark mit den Interessen gewisser finanzieller Kreise liiert sind, die die großzügige Ausbeutung und Organisation des künftigen oberschlesischen Industriegebietes beabsichtigen.

Frankreich am Ziel!

London, 20. Oktober. Die Mitglieder der Wirtschaftskonferenz, die am Freitag geschlossen wurde, Hobson, Paish, Kenworthy, Longuet, Timms und Waarmoor, haben einen gemeinsamen Brief veröffentlicht, darin erläutern sie:

Der gewaltige Verlust, den Deutschland durch die Entscheidung in der oberschlesischen Frage erleidet, rückt den Zeitpunkt näher, an dem die Reparationszahlungen Deutschlands eingestellt werden müssen und damit die französische Armee das Ruhrgebiet besetzen wird. Die Vorschläge des Völkerbundsrates in bezug auf die Wahrung der wirtschaftlichen Einheit in Oberschlesien sind vollständig aussichtslos.

Jubel in Paris.

Paris, 20. Oktober. Die Annahme der Genfer Entscheidung durch das britische Kabinett ruft in der französischen Presse große Beifriedigung hervor. Man legt den größten Wert darauf, daß bei den weiteren diplomatischen Vorgängen leinerlei Formulierungen gegen den Buchstaben des Versailler Vertrages vorkommen. Der "Petit Parisien" schreibt: Die Regelung ist für Frankreich befriedigend. Sie betrifft jedoch noch ein anderes Verdienst, nämlich sie rechtfertigt die Methode des Völkerbundes. Die "Action Française" schreibt: Die Teilung Oberschlesiens wird die Prüfung der deutschen Politik werden. Je nach dem, was Deutschland tun wird, wird die Illusion einer Verständigung mit ihm verschwinden, und die Friedenspolitik in Europa wird zu Ende sein. Der "Gaulois" erklärt, daß es der französische Standpunkt war, der sich am meisten der Wahrheit näherte. Die "République Française" schreibt: Seien wir jetzt aufmerksam. Wir dürfen jedoch nicht glauben, daß der Zwischenfall zu Ende ist. Das wirtschaftliche Gutachten des Völkerbundsrates wird den Deutschen gefallen, mit der einen Hand zurückzuwerfen, was sie aus der anderen verloren haben. Die "Victoire" schreibt: Die Haltung Englands war ja so, daß Deutschland einschien muß, daß sein Protest vergeblich war und daß eine Protestbewegung an der geschlossenen Politik des Kabinetts von London und Paris auseinander wird.

Die französisch-englische Verständigung.

Paris, 19. Oktober. (PAT) Der englische Botschafter hatte eine Konferenz mit Cambon über die Durchführung der Genfer Entscheidung. Diese Konferenz war beiderseits von dem austroitalienigen Bunde geleitet, eine Verständigung zu erzielen. Wie es scheint, wird diese Verständigung in kürzester Zeit zu Stande kommen.

"Sociopolitica" schreibt, daß England wiederholt Beratungen in der oberschlesischen Angelegenheit gepflogen habe. In parlamentarischen Kreisen spricht man viel von den französischen Verhandlungsvorschlägen und hört die Behauptung, daß England seine Ansichten in einem gewissen Grade geändert habe und sich dem französischen Standpunkt nähert. Dies bedeutet, daß sofort alle Vorschläge des Völkerbundsrates den Polen, wie auch den Deutschen mitgeteilt werden, wobei zu bemerken ist, daß diese Vorschläge beide Seiten nur zur Annahme der Grenzlinie verpflichten; die wirtschaftlichen Klauseln jedoch müssen auf dem Verhandlungswege verwirkt werden.

Bemühungen der Botschafterkonferenz.

Paris, 20. Oktober. (PAT) In der heutigen Vormittagssitzung der Botschafterkonferenz wurde darüber beraten, wie die interessierten Regierungen von der Entscheidung der Verbündeten in der oberschlesischen Angelegenheit benachrichtigt werden sollen. In der Nachmittagsitzung der Konferenz wird der Text der Mitteilung an die polnische und deutsche Regierung festgelegt werden.

Der amerikanische Gesandte soll in der Botschafterkonferenz anwesend die Ansicht vertreten, daß die politische Linie in Oberschlesien

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenpreis
f. d. Grundschriftzeile im
Anzeigenteile innerhalb
Polens 35.—M.
im Restlandeteil 90.—M.
Für Aufträge aus
Deutschland 3.50 M.
im Restlandeteil 10.—M.
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:
Tageblatt Poznań.

Czeczkowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań

nur dann gezogen werden könne, wenn Polen und Deutschland die wirtschaftlichen Anordnungen annehmen. Die juristischen englischen Sachverständigen haben sich schon nach Paris begeben.

Der Botschafterrat nahm heute den Bericht eines englischen Juristen entgegen und wird am Freitag die endgültige Entscheidung treffen. Frankreich steht auf dem Standpunkt, daß die Grenzlinie sofort bekanntgegeben werden muß, wie dies auch im Vertrage vorgesehen ist. Die wirtschaftlichen Beschlüsse des Völkerbundes haben mit der Bekanntgabe der Grenzlinie nichts gemein.

Die interalliierte Kommission für sofortige Bekanntgabe.

Brüssel, 20. Oktober. (PAT) Die interalliierte Kommission in Oppeln erklärte sich in einer Despatch an die französische Regierung für die Annahme der französischen These d. h. für die sofortige Feststellung der politischen Grenzen Oberschlesiens.

Die deutschen Oberschlesiier an Dr. Wirth.

Benthen, 19. Oktober. (PAT) Der Verband deutscher Oberschlesiier sandte an den Reichsanziger Wirth folgendes Telegramm: Wir sind einmütig der Ansicht, daß die Genfer Entscheidung im Widerspruch steht mit dem Versailler Vertrag. Der Gedanke, daß das deutsche Volk sich mit unserm Untergang einverstanden erklären könnte, um dadurch eine Verringerung der Wiedergutmachungskosten zu erzielen, bedeutete das Einverständnis mit dem Ruin Deutschlands im Osten. Wir fordern entschieden, daß die Regierung sich der Entscheidung des Völkerbundes unbedingt widersetzt. Wir fordern, daß die deutsche Regierung ohne Beirogung keine Beschlüsse in dieser Angelegenheit faßt.

Ein deutscher Industrieller über die Teilung.

Benthen, 20. Oktober. (PAT) Zu der Angelegenheit der Teilung Oberschlesiens sagt der Deichsführer Bergerat Dr. Willinger folgendes: In der oberschlesischen Angelegenheit ist ein Urteil gefallen, das in seiner Schwere den Handel und jedes Wirtschaftsleben in Oberschlesien vernichtet. Es geht gegenwärtig darum, daß die Bevölkerung ruhig bleibt. Gewünscht wird vor allem, daß die Vertriebenen der Kaufleute auf ihren Posten. Aus Anlaß der oberschlesischen Teilung sind gegen 2 Millionen der Bevölkerung Oberschlesiens für Deutschland verloren. Um das Wirtschaftsleben nicht auf einmal zum Stillstand zu bringen, wurde in Genf im letzten Augenblick ein wirtschaftlicher Entwurf bearbeitet, nach dem die bisherigen Verhältnisse noch sechs Monate bestehen bleiben. Dies gibt uns die Möglichkeit und die Zeit, unsere Kräfte zusammenzufassen. Nach Mitteilungen des "Obertor" soll in den Teilen, die von Deutschland abgetrennt wurden, die deutsche Bevölkerung beibehalten werden. Die Handelskammer wird sich in Zukunft mit dieser Frage beschäftigen. Die Zukunft bringt uns viele wirtschaftliche Probleme. Ein Kohlenüberschuß in dem abgetrennten Gebiet Oberschlesiens wird fast unmöglich sein, da die polnische Industrie sich erst im Anfangsstadium befindet. Die Röhrle, für Material, für Maschinen und alle technischen Mittel erhoben werden sollen, zerstören die weitere Entwicklung der Industrie. Im polnischen Teile Oberschlesiens wird sich ein großer Mangel an Monteurn sichtbar machen. Die Zinssindustrie ist für Deutschland vollkommen verloren. Der Eisengroßindustrie droht unweigerlich der Ruin, weil diese Industrie schwedisches Roheisen benötigt, das mit polnischer Valuta nicht geliefert werden kann. Mit dem Ruin der Industrie wird zugleich die Zahl der Arbeitslosen steigen. Es werden ungeheure Verpflegungsschwierigkeiten entstehen, kurz gesagt, es werden sich aus der Teilung Oberschlesiens außergewöhnliche Schwierigkeiten ergeben. Im deutschen Teil wird die oberschlesische Industrie ihr Leben einbüßen und im polnischen Teile wird bald das drohende Gespenst des Bolschismus auffeigen. Deutschland verliert 42 Prozent des gesamten Schlechteichtums; aber nicht nur Deutschland, sondern auch ganz Europa wird infolge der Teilung Oberschlesiens Verluste erleiden.

England.

Die Irakkonferenz.

London, 20. Oktober. (PAT) Die fünfte Session der irakischen Konferenz wurde für ein paar Tage vertagt; die bisherigen Ergebnisse sind nach Ansicht der Zeitungen vollkommen befriedigend. Die Ursache der Vertragung sind technische Gründe.

Um die Abrüstungskonferenz.

London, 20. Oktober. (PAT) In der Lordsammer erklärte Churchill, daß er als Sekretär für auswärtige Angelegenheiten den Wunsch habe, an der Washingtoner Konferenz teilzunehmen. Der gegenwärtige Stand der Außenpolitik erlaubt jedoch keine längere Abwesenheit des Leiters der auswärtigen Politik im Staate, weil die Konferenz in Washington aller Wahrscheinlichkeit nach längere Zeit dauern wird.

Lloyd George erklärte im Unterhause, daß England in der Washingtoner Konferenz durch Balfour und Lord Lee vertreten sein wird. Lloyd George befürchtet, sich sofort nach Washington zu begeben, wenn die parlamentarische und die allgemeine Lage es gestatten.

Die ägyptische Frage.

London, 20. Oktober. (PAT) Die Presse berichtet, daß nach der Unterredung, die in der vorigen Woche Curzon mit den Mitgliedern der ägyptischen Kommission hatte, diese noch eine Reihe von Konferenzen im Außenministerium abhielten. Soweit bekannt ist, wurde eine Verständigung darüber erzielt, wie die ägyptische Angelegenheit dem Kabinett vorgelegt werden sollte, ehe der Ministerpräsident sich noch Washington begibt.

Nachtritt des Verkehrsministers.

London, 21. Oktober. (PAT) Der König von England nahm das Rücktrittsgesuch des Verkehrsministers Eric Geddes an, der schon vor ein paar Monaten die Absicht hatte, sich vom öffentlichen Leben zurückzuziehen.

Vom Balkan.

Die Serben gegen Albanien.

London, 20. Oktober. (PAT) Vom Balkan wird berichtet, daß die Serben die albanische Drittsachen angegriffen und erobert haben. Serbische Verbündete überbrachten den Drinafluss und marschierten auf albanisches Gebiet.

Auch die Bulgaren räumen wieder, so daß auf dem Balkan noch weitere Komplikationen zu erwarten sind. Die bulgarische Telegraphenagentur ist beunruhigt, daß aus griechischen Quellen kommende verbreitete Nachrichten zu widerstreiten, nach denen die bulgarische Regierung angeblich Offiziere und Soldaten der ehemaligen russischen Armee einstellen soll.

Es wird nur die Einstellung von Braveltruppen im Abrede gestellt, nicht aber daß überhaupt gerügt wird.

Der deutsch-amerikanische Friedensvertrag ratifiziert.

Washington, 20. Oktober. (PAT) Der Senat ratifizierte den Friedensvertrag mit Deutschland, Ungarn und Österreich mit dem Vorbehalt, daß die Vereinigten Staaten an den Arbeiten aller Kommissionen der Alliierten und hauptsächlich dem Wiedergutmachungsausschuß ohne vorherige Bevollmächtigung des Senats nicht teilnehmen werden.

Der Senat lehnte mit 71 gegen 7 Stimmen den Antrag des Senators Ribbentrop ab, der die Vereinigten Staaten von allen Verpflichtungen freiprägte, die sich aus dem Verfaßter Vertrag ergeben.

Der Senator Mac Kinley trat im Senat für das Verbleiben der amerikanischen Truppen im Rheinland ein, da die amerikanischen Interessen es erfordern.

Die Reparationen.

Berlin, 20. Oktober. (PAT) Hier wird die Nachricht der "Daily News" berichtet, welche die deutsch-englischen Verhandlungen über die Wiedergutmachungsummen, die England von Deutschland bekommt, bereift. Nach Ansicht der Berliner Kreise haben bisher Verhandlungen noch nicht stattgefunden. Es fanden jedoch unverbindliche Besprechungen zwischen dem deutschen Wiederaufbauminister Rathenau und dem englischen Botschafter in Berlin Lord Daberton statt. Dieser schlug Rathenau vor, daß Deutschland an England diese Summen in Gestalt von materiellen Lieferungen (wie es Frankreich gegenüber gezeigt) leisten solle. Wie es scheint, ist die englische Regierung geneigt, diese Vorschläge zu prüfen.

Das Wiesbadener Abkommen vor dem Reparationsausschuß.

Paris, 19. Oktober. (Telunion) Heute tritt der Reparationsausschuß zu einer Sitzung zusammen, um zum Wiesbadener Abkommen Stellung zu nehmen. An der Sitzung wird ein Vertreter Deutschlands teilnehmen.

Frankreich braucht deutsche Arbeiter, die keinen Sonnenfleck.

Paris, 19. Oktober. In der "L'Avant-Scène" fordert der Abgeordnete des Pas de Calais, Bartholini, daß Deutschland die fehlenden Arbeitskräfte im zerstörten Gebiet von Nordfrankreich stellen müsse. England habe zwar vor drei Wochen ein starkes Kontingent seiner Arbeitskräfte losgeschickt und weitere Transporte seien angekündigt. Diesem Skandal müsse ein Ende gemacht werden, denn die zerstörten Gebiete seien kein Kolonisationsgebiet und statt die englischen Arbeiter mit französischem Geld zu bezahlen, würde Frankreich es vorziehen, wann die Ruinen durch deutsche Arbeiter, die Frankreich keinen Sonnenfleck, wieder aufgebaut würden. Die Behauptung, die Bevölkerung der zerstörten Gebiete sei einer solchen Lösung abgeneigt, sei eine durch Arbeitslose dort zu beschäftigen, sei bei einem Versuch im Jahre 1919 möglich gescheitert.

Oesterreich.

Um des Burgenland.

Wien, 20. Oktober. (PAT) In der österreichischen Nationalversammlung fand die Kommission für auswärtige Angelegenheiten in der Mittwochssitzung, die der Frage Westungarns gewidmet war, folgende Entscheidung: Der Standpunkt, den die alliierten Mächte seit der Zeit der Ratifizierung des Vertrages von Trianon eingenommen, beweist, daß sie augenblicklich nicht die Abtretung, für Österreich günstige territoriale Beschlüsse des Friedensvertrages von St. Germain durchzuführen. Angeblich dieser Umstände bewältigte die Kommission die Regierung, ihre Politik weiter im Geiste der Entscheidung, die in Benevento gefällt wurde, durch entschiedene Vertretung der Interessen Österreichs und der Bevölkerung Westungarns zu verfolgen.

Der Banknotenumlauf in Oesterreich.

Wien, 20. Oktober. (Tel.-U.) Der Banknotenumlauf hat sich in der ersten Woche des Monats Oktober um 3.6 Milliarden Kronen erhöht und beträgt jetzt 73.7 Milliarden Kronen.

Wertpapierschmuggel.

Wien, 20. Oktober. (Tel.-U.) Auf dem Südbahnhof wurden gestern drei große Koffer, welche die Siegel der jugoslawischen Gesandtschaft Wien aufwiesen, beschlagnahmt. In den drei Koffern befanden sich Wertpapiere und Banknoten im Wert von 100 Millionen Kronen, die geschmuggelt werden sollten.

Der griechisch-türkische Krieg.

Neue große Offensive der Türken.

London, 19. Oktober. (PAT) Eine Depesche aus Konstantinopel berichtet, daß die Kemalisten eine große Offensive gegen die Griechen an der Front Afium-Karamiar eingeleitet haben. In der Gegend von Gümüshane erwartet man die Entscheidung.

Vertrauenskundgebung für Gunaris.

London, 20. Oktober. (PAT) Am Vorabend der Abreise des Ministerpräsidenten Gunaris und des Außenministers Baltazzi, die nach Italien und Frankreich reisen, um einen persönlichen Meinungsaustausch mit den französischen und italienischen Regierung über die englische Politik in Kleinasien zu führen, hat die griechische Regierung ein Vertrauensvotum für die Regierung in Paris und London beantragt. Die Vertragsparteien entfernen sich vor der Abstimmung.

Der Kampf in Marocco.

Meilla, 19. Oktober. Die Einnahme von Chalouan wird amtlich bestätigt. Der Feind ist auf der Flucht und wird von Fliegern verfolgt. Die spanischen Truppen haben im Raum von Chalouan 400 Soldaten besiegt, die im Monat August ermordet worden waren, und deren Leichen auf dem Wege liegen geblieben waren.

Der Aufstand in Indien.

Sindia (Indien), 20. Oktober. (PAT) Die Austräuber, deren Zahl ständig anwächst, zerstören im Kreise Ullandur die Brücke. Die englischen Fliegerabteilungen greifen die Austräuber an.

Die militärischen Vorbereitungen zu einer großen Operation gegen die Austräuber der Stämme Koplah in Maigadur sind bereit. Die englische Kampagne wird in den nächsten Tagen beginnen.

Arbeiterbewegung.

Der Kellnerstreik in Berlin.

Berlin, 20. Oktober. (Tel.-U.) Von den letzten 24 Stunden liegen wieder zahlreiche Meldungen über Ausschreitungen vor, die einen immer ernsteren Charakter annehmen. So wurden am Kurfürstendamm bei einer großen Anzahl von Lokalen sämtliche Fensterscheiben zertrümmert. Am Stettiner Bahnhof drang ein Stoßtrupp nachts in das Hotel "Valkir" ein und räubte dort die Geschäftsbücher, sowie eine Reihe wichtiger Schriftstücke. Die Arbeitswilligen des Hotels wurden schwer mishandelt. Besonders schwere Ausschreitungen ereigneten sich gestern vor dem Weinrestaurant "Traube" in der Leipziger Straße. Eine fast 2000 Mann zählende Menge versuchte das Lokal zu stürmen. Herbeigefeuerte polizeiliche Hilfe erwies sich der tobenden Menge gegenüber als machtlos, so daß auf Lautsprecher weitere Verstärkungen der Polizei herbeieilten. Von der Wilhelm- bis zur Mauerstraße mitsie die Leipziger Straße gefärbt werden, wobei den Beamten teilweise so erheblicher Widerstand geleistet wurde, daß diese zur Waffe greifen mußten. Rund 200 Personen wurden festgenommen. Im Restaurant "Pöhl" an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche wurde der Inhaber des Lokals so schwer mishandelt, daß er in das nächste Krankenhaus geschafft werden mußte. Eine am Montag abend im Zoo abgehaltene Arbeitgeberversammlung beschloß im Hinblick auf die schweren Ausschreitungen der Streikenden von jedem Verhandeln Abstand zu nehmen. Die Streiklage hat infolge einer Veränderung erfahren, als gestern der Genfer Kellnerverband seine ca. 3000 Mitglieder in Berlin veranlaßt hat, am Dienstag die Arbeit wieder aufzunehmen.

Vor einem Eisenbahnstreik in Halle.

Halle, 20. Oktober. (Tel.-U.) Bei der am Montag stattfindenden Abstimmung in der hessischen Eisenbahn-Hauptversammlung wurden 1087 Stimmen für und nur 200 gegen den Streik abgegeben. Die zwischen der Eisenbahndirektion und den Angestellten begonnenen Verhandlungen haben zu einem Ergebnis bisher nicht geführt.

Ausstand bei der Firma Adolf Wosse.

Berlin, 19. Oktober. Die Arbeiter der Verlagsfirma Adolf Wosse streiken seit Sonnabend, weil ihre Forderungen abgelehnt wurden. Es erschienen die letzten Tage weder das "Berliner Tageblatt" noch die "Berliner Volkszeitung". Die Arbeiter der anderen Druckereien haben sich dem Ausstand angellossen, so daß in Berlin außer den sozialistischen und kommunistischen keine Zeitungen erscheinen.

Tarifkündigung im Bergbau.

Eben, 20. Oktober. (Tel.-U.) Die Bergarbeiterorganisationen haben den bis zum 1. November laufenden Tarifvertrag gekündigt. Die neuen Tarifverhandlungen sollen demnächst eingeleitet werden.

Beigelegte Streiks.

Hamburg, 20. Oktober. Die Verhandlungen über die Beilegung des Streiks im Buchdruckgewerbe endeten mit einem Übereinkommen, dem gestern die Bringhale, Gehilfen, Hilfsarbeiter und Buchbinden in getrennten Versammlungen stimmt. Nach Wiederaufnahme der Arbeit am Montag sollen am Dienstag die getroffenen Vereinbarungen zum endgültigen Beschluß erhoben werden. Damit ist nach 14-tägiger Dauer der Streik im Buchdruckgewerbe beigelegt.

Dortmund, 19. Oktober. Der Streik auf der Dortmunder Union ist beendet. Die streikenden Arbeiter haben die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen.

Streikdrohung der tschechischen Eisenbahner.

Prag, 20. Oktober. (PAT) "Marodny Vlasy" wenden sich jetzt gegen die neuen Forderungen der tschechischen Eisenbahner und stellen fest, daß, wenn es den Eisenbahnen gelingen sollte, ihre Streikdrohungen zu bewirken, alle Sichtigen der Bevölkerung in einen entschlossenen Kampf gegen den Streik einzutreten würden. Zugleich berichten die "Marodny Vlasy", daß eine gewisse englische Gesellschaft der tschechischen Regierung vorschlägt, die tschechischen Eisenbahnen in Pacht zu nehmen.

Arbeitslosigkeit in England.

London, 19. Oktober. (PAT) Der Berichterstatter der "Daily Mail" schreibt, daß am Dienstag abend ein Kabinett- und zwecks endgültiger Feststellung eines Regierungsprogramms zur Bekämpfung des Arbeitsmangels stattfinden soll. Lloyd George wird diese Frage in einer Rede, die er am Mittwoch im Unterhaus halten wird, eingehend behandeln. Das Unterhaus wird sich auch mit der Frage des Salutarschanges beschäftigen. Oben wird Lloyd George die geplante Lösung der öberschlechtlichen Frage besprechen.

Bille, 19. Oktober. (PAT) Das Streikkomitee erlaubte den Arbeitern aller Textilanstalten die Arbeit wieder aufzunehmen.

Lies Rainer.

Geschichte einer Ehe von Leontine von Winterfeld.

(3. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt)

"Wie er Dir ähnlich sieht. Genau dieselben großen, dunklen Augen und das weiche, lockige Haar."

Lies kniete nieder vor den beiden und legte ihren Kopf an seine Brust.

"Ja, leider; ich hätte viel lieber, daß er Dir ähnlich würde. Na, Bubi, dann aber wenigstens innerlich wie Dein Vater."

Rainer legte den linken Arm fest um ihre Schultern, mit der Rechten hielt er seinen mit Atem und Weinen zitternden Jungen.

"Lies", flüsterte er nur leise, "meine Süße, Süße, meine Süße!"

Dann ging sein Blick über die beiden fort an die gegenüberliegende Wand.

"Sag mal, hat uns das Ellen nicht einmal zur Hochzeit gebrannt?"

Nord, Süd, Ost, West,

Daheim am besten!"

Jetzt erst in diesem Augenblick kann ichs so recht begreifen."

Er zog sie an sich und preßte seinen Mund auf ihre Lippen. Mit raschem Griff machte sich der Kleine das zu nutze und fuhr mit seinen Häufchen in seiner Mutter dunkle Fleckenkrone.

Lies bog sich lachend zurück und drohte mit dem Finger. Dann sprang sie auf.

"So, Knut, jetzt sollst Du auch Deinen ersten Bratapfel haben."

Während sie vom empfang weiter zuschritt und Vater und Sohn abwechselnd von dem duftenden Apfel lönnten, singelte es.

Zur Lage in Tirol.

Einem Artikel des Reichstagsabgeordneten Dr. Freih. Mittermann im "Deutschen Zeitungsdienst" über Tirol entnehmen wir folgende Stellen:

Die Lage in Tirol ist als sehr ernst zu bezeichnen, und auch die große deutsche Politik hat alle Veranlassung, sich um die weitere Entwicklung der Dinge zu kümmern. Wenn auch die 800 000 Nordtiroler zahlenmäßig nicht sehr ins Gewicht fallen und wenn auch die wirtschaftliche Kraft dieses Landes verhältnismäßig nur gering ist, denn Nordtirol ist ein steiniger, harter Boden, auf dem wenig wächst, so kommt diesem Lande doch aus allgemein politischen Gesichtspunkten eine außerordentlich hohe Bedeutung zu. Tirol ist das Bindeglied zwischen dem Reich und Italien, es kann aber auch bei nicht richtig Handhabung der Politik zum Trennungswall werden.

Die laristische Bewegung spielt im Augenblick in Tirol keine herrende Rolle. Die Hauptursache für die zweifellos gewaltige Erregung im Lande ist der Katastrophenwirtschaftliche Zusammenbruch der Kronenwährung und die Unmöglichkeit, sich aus eigener Kraft zu helfen. Von Wien erwartet man keine Hilfe, ist im Gegenteil überzeugt, daß man von dort aus alle Lebensmittelzufuhren in dem Augenblick sperren wird, in dem die Tiroler andere Wege als die Wiener Negligenz gehen wollen, und dies kann eines Tages plötzlich der Fall sein.

Reicht von Westungarn aus der laristische Sturm in vollem Umfang los und erfaßt er die Hauptstadt, dann macht Tirol nicht mit, sondern wird versuchen, seine eigenen Wege zu gehen. Diese Lage wäre außerordentlich gefährlich, denn in so kritischen Augenblicken haben Abenteuerlustigen es leicht, eine Rolle zu spielen und das Heft an sich zu reißen. Will man sich vor Übercilheit schützen, dann müßte unter allen Umständen dafür gesorgt werden, daß nicht Nahrungsschwierigkeiten entstehen, und in deren Verlauf Lebensmittelcaravane ausbrechen, denn dadurch könnten innerhalb weniger Stunden politische Situationen geschaffen werden, die für die Zukunft leicht verhängnisvoll sein können.

Sowjetrußland.

Der Arbeitszwang.

Riga, 19. Oktober. (PAT) Bislang haben die Bolschewisten alle Rätekomunisten zu öffentlichen Arbeiten an einem Tage in der Woche gezwungen. Wer sich dieser Arbeit entzog, erhielt keine Lebensmittelrationen zugestellt. Jetzt wird aus Moskau berichtet, daß das Arbeitskommissariat beschlossen habe den Arbeitszwang aufzuheben. Von jetzt ab werden in den Staatsdienst Personen aufgenommen, die sich freiwillig melden.

Was gewesen, lehrt wieder.

Moskau, 19. Oktober. (PAT) Hier wurde ein neuer Industrie- und wirtschaftlicher Trust gebildet, in dessen Zusammensetzung Trotzki, Bogdzie, Murano und Awo hineinkommen. Der Trust übernahm 18 große Fabriken und 25 Kommunalwirtschaften. Trotzki übernahm der Trustklasse 200 Millionen Rubel. Man trägt sich sogar mit dem Gedanken, öffentliche Amtsträger Vertretern des Bürgertums zu übertragen.

Italienische Kommunisten für die Hungernden.

Riga, 19. Oktober. (PAT) Die lettische Presse berichtet, daß aus Italien in Moskau Orlow eingetroffen ist, der Führer der italienischen kommunistischen Partei. Orlow, 28, Verhandlungen über eine internationale Arbeitseransicht an Gunten der Hungernden führt. Die Sowjetregierung hat die Höhe dieser Anleihe auf 100 Millionen Dollar festgesetzt.

Volksewirtschaftlicher Angriff auf die Republik des fernen Ostens.

Paris, 19. Oktober. (PAT) "Daily News" bestätigen die Nachricht über die volksewirtschaftliche Offensive gegen die Republik des fernen Ostens, die ihren Sitz in Nikolai hat. Weiter bestätigen sie die Kunde vom Rückzug der Abteilungen Merkurov.

Preise auf dem Moskauer Markt.

Moskau, 20. Oktober. (PAT) Die Preise auf dem Moskauer Markt sind folgende: Gewöhnliches Brot 2000, Weißbrot 6—900, Brotstengröße 6000, Manna 15 000, ein Hering 6—8000, ein Bud Kalbfleisch 8000, Rindfleisch 10 000, ein Liter Milch 2000, ein Bud Butter 30 000, Öl 20 000, Kartoffeln 5—600, Kohl 1000, Süßkartoffeln 35 000, Salz 2000, ein Pud Hen 25 000, ein Pud Hauer 70 000 Rubel.

Aufstand der ukrainischen Bauern.

Kiew, 19. Oktober. (PAT) Wie die heutigen Zeitungen berichten, haben die Bauern der Ukraine sich gegen die Sowjetbehörden erhoben. Ein Regiment der Roten Truppen ging auf die Seite der Aufständischen über.

Aus den Sejm auschüssen.

Der Reichsausschuss berichtet am Mittwoch über den Dringlichkeitsantrag des Nationalen Volksverbands, der verlangt, daß kommunistische Tätigkeit als Staatsverbrechen bestraft wird. Unter Hinweis darauf, daß das gegenwärtig bestehende Strafgesetz eine Grundlage bietet zur strengen Bestrafung der gegen die Sicherheit des Staates gerichteten kommunistischen Tätigkeit und Agitation fordert der Sejm die Regierung auf: 1. daß die Sicherheits- und Staatsanwaltschaftsbehörden angefeindet werden, jegliche kommunistische Tätigkeit gegen die Sicherheit des Staates in schärfster Weise zu verfolgen und die Schuldigen auf Grund des geltenden Strafgesetzes mit der größten Strenge zu bestrafen; 2. unverzüglich und auf das strengste die Organe der Sicherheitsbehörden zur Verantwortung zu ziehen durch deren Nachlässigkeit und Untätigkeit die kommunistischen Verbündeten beginnt.

Der Finanz- und Haushaltsausschuss berichtet am Mittwoch über den Entwurf der einmaligen staatlichen Abgabe. Im Namen des Nationalen Volksverbands erklärt Abg. G. Biakowski, daß seine Partei grundsätzlich für die Abgabe eintritt und der Ansicht sei, es wäre am besten, sofort mit der Einzelabfassung zu beginnen. Die Abg. Mataj, Stanislaw Boniatowski treten dieser Ansicht entgegen und verlangen, daß Minister Michalski die Einzelheiten seines Entwurfs ein näher begrenzt.

Minister Michalski teilt in längster Rede folgende Einzelheiten mit: In Kongresspolen ist der Entwurf der Grund- und Boden- und Rauchfangsteuer auf 84 400 Millionen angesehen, der Entwurf der städtischen Immobiliensteuer auf 14 400 Millionen, der Entwurf der Industrie- und Gewerbesteuer auf 6500 Millionen. Aus Galizien wäre zu erwarten: In Grund- und Bodensteuer 21 500 Millionen, Steuer von Bischäulen in Lemberg 89 Millionen, in anderen Städten 270 Millionen, an Erbsteuern 2000 Millionen. Aus dem ehemals preußischen Anteil (ohne Oberschlesien): Grund- und Bodensteuer 22 800 Millionen, nach Abzug eines Drittels für Vermehrungen 15 200 Millionen; Immobiliensteuer 400 Millionen oder mit Verlängerung der Abzüge 360 Millionen, Gewerbesteuer 1875 Millionen, mit Verlängerung der Abzüge (10 %) 1500 Millionen. Im ganzen sind zu erwarten aus Kongresspolen 12 670 Millionen, aus Galizien 28 000 Millionen, aus dem ehemaligen preußischen Teilgebiet 17 250 Millionen. Dazu kommen aus den Grenzgebieten etwa 5580 Millionen.

Die Abg. Boniatowski und Mataj äußern das Bedenken, daß auf eine Bauernwirtschaft angeblich eine Abgabe von 200 000 Mark entfällt. Minister Michalski erklärt: Nach der neuem Berechnung entfällt auf eine Wirtschaft von 10 Morgen besten bajuwaren Landes eine Abgabe von 57 000 Mark. Nach einer Abgabe von 27 000 Mark nach dieser Richtung erlässt Abg. Mataj im Namen der Volkspartei, sein Klug kommt mit den Grundsätzen des Ministers nicht einverstanden erläutert, und verlangt Änderungen folgender Art: 1. progressive Besteuerung, d. h. stärkere Herausziehung der größeren Güter, 2. Güter im Umfang von weniger als 10 Morgen sollen steuerfrei sein, 3. Änderung des Art. 34 des Entwurfs, der den Besitzern größerer Güter erlaubt einen Teil ihres Bodens zu verkaufen, um auf diese Weise das für die Zahlung der Abgabe nötige Geld in die Hand zu bekommen ohne Verlängerung der aus der Landwirtschaftsreform sich ergebenden Beschränkungen. Daraus verlangt der Abg. Mataj eingehende Auflösung darüber, zu welchem Zweck und in welcher Weise im einzelnen die Abgabe verwendet werden soll. Abg. Boniatowski sieht im Namen der Wissenschaftsgruppe den Nachweis zu führen, daß die Abgabe, wie jetzt vorliegende Regierungsentwurf sie vorstellt, eine zu große Belastung der Kleinbauern darstellen würde.

Minister Michalski erklärt, er sei nicht imstande, einer progressiven Besteuerung anzutreten. Es sei möglich, daß der jetzige Entwurf den Grundsätzen der Gerechtigkeit noch nicht im vollen Umfang entspricht, aber es würde dafür gesorgt werden, daß die in dem jetzigen Entwurf nicht genügend berücksichtigter Kreise (Schreiber, Kriegsgewinner u. dergl.) durch eine besondere Abgabe gefordert würden, die gegenwärtig vom Minister vorbereitet wird. Der Minister kann sich auch zur Festsetzung eines Höchstminimums nicht befinden, denn dadurch würde seine ganz Berechnung der zu erwartenden Einnahmen ins Wasser sommer.

Republik Polen.

† Ernennung. Zum Chef der polnischen Militärmmission in Paris wurde der ehemalige Kommandant der Generalstabschule Generalleutnant Majewski ernannt. Er übernimmt sein Amt am 1. November.

† Der ukrainische Vertreter in Warschau. Das Pressebüro des auswärtigen Ministeriums teilt mit: Der Vertreter der ukrainischen Regierung, der Matsumski, legte am 17. d. Mrs. dem Außenminister sein Beglaubigungsschreiben vor.

Sie packte ihre Sachen zusammen.

"So, Junge, nun gib Vater einen Kuß, denn Du mußt ins Bett."

Damit nahm sie ihr Büchchen auf den Arm und ging singend aus der Tür. Langsam stand Knut auf, nahm seine Altenmappe und warf sie auf den Schreibtisch, daß es knallte. Er hatte sich lange nicht so froh und behaglich gefühlt.

Arbeiten möchte er hemt nicht mehr. Immer sah er Lies dunkles, weiches Haar vor sich, vernachlässigt mit den blonden Locken des kleinen, der sich an sie schmiegte. Wie im Traum sah er sich an den Flügel und begann zu spielen. Es war dunkel im Salon, nur von draußen warf die Straßenlaterne mattes Licht quer durchs Zimmer.

Lies hatte das Kind gerade ins Bett gelegt, da hörte sie Knuts Spiel. Eine große Freude zog durch ihr Herz. Das hatte er so lange nicht getan. Und sie wußte, er war doch immer am glücklichsten, wenn er am Flügel saß. Wie nett für ihn, daß Römer heute abend mit seinem Cello kommen wollte. Römer war ein junger Hauptmann, läufig erst nach Königsberg versetzt, den Knut irgendwo am dritten Ort kennen gelernt hatte. Gemeinsames, großes Musizieren hatte die beiden Männer schnell zusammengebracht, auch Lies sandte den neuen Freund ihres Mannes sehr sympathisch. Der junge Offizier hatte darauf Besuch bei Rainers gemacht und war seitdem ein häufiger und gern gesuchter Gast bei ihnen.

Voll und Welch lang jetzt durch die geschlossene Tür die Mondscheinsonate herüber vom Flügel. Lies kniete nieder am Bettchen ihres Kindes und salzte seine kleinen Hände, wie sie es alle Abende tat. Dabei sang ihre Seele herüber zu Knut. Und es kam ihr ein lieber, alter Vers in den Sinn:

"Meine Seele ist still. Sie lehrt
Von Gott zurück.
Mein Herz hat nur einen Gedanken,
Dich und Dein Glück." —

(Fortsetzung folgt.)

"Um Gottes willen, bloß keinen Besuch!" flüsterte Knut und sah scheu nach der Tür.
Aber es war nur der Briefträger, der einen Brief aus Rumänien brachte.
"Von Ellen!" rief Lies und erbrach hastig den Umschlag.
"Hör bloß, Knut, sie wird mir da noch ganz sentimental!"
Lies kletterte auf den Bettpfosten und schaute auf Knut hinunter.
Hier ist alles grau in grau. Aber die Stoppelfelder liegen Möwen und Krähen und zanken sich, und vom Meer her steigen die dichten Herbstnebel. Die Bäume sind alle schon kahl und über den Hof rattern schwerbeladene Dungwagen. Fried und Pastor Ille spielen nebenan Schach, Vater raucht und Mutter strickt. Großmutter geht leider nicht sehr gut, sie hustet jetzt immer so viel und flagt über Schmerzen in der Brust. Hektor ist auch schon beinahe melancholisch geworden, und meine Geige wird täglich verstümpter in dieser feuchten Atmosphäre. Ich finde es schrecklich, daß ihr mich haben wollt. Wenn nichts dazwischen kommt, bin ich also Mittwoch vor Advent bei Euch. Aber auf so lange, wie Du es wünschst, Lies, kann ich mich denn doch nicht einrichten. Du weißt ja, wie viel vor dem Fest hier immer zu tun ist, mit Leutebeschaffung usw. Also höchstens Mittwoch auf Wiedersehen, wenn alles gut geht. Alle grüßen sehr. Euch Dreigepaare viel Liebe!
Deine Ellen."

Lies stand freudestrahlend den Brief in den Umschlag zurück.
"Wie ich mich freue! Auch für Dich, Knut, wegen der Musik!"
"Ach je, da fällt mir bei Musik ein, daß ich beinahe etwas vergessen hätte. Ich traf Römer vorhin auf der Straße, der heute abend gerne mit mir musizierte hätte. Ich lud ihn zum Abendbrot ein, ist Dir das recht?"
"Aber ja, Knut. Er ist doch netter, bescheidener Mensch. Wir haben zwar nur Bratkartoffeln mit Spiegelei, — aber er kennt uns ja und ist

Kirchliche Woche.

od. Graudenz, 17. Oktober.

(Eigener Bericht)

I.

Posen und Westpreußen hatten früher noch dieselbe gleichartige Verhältnisse wenig Zusammenhang, namentlich auch auf kirchlichem Gebiete. Jetzt ist das anders geworden. Die in dem neuen Staate vereinigten Teile beider früherer Provinzen sind nunmehr aufeinander angewiesen. Das hat dazu geführt, daß auch die kirchlichen Verbände beider Landesteile sich zusammen schließen zu gemeinsamer Arbeit mit dem Ziel zum jetzt erreichten Ziele vollständiger Vereinigung. Angebahnt worden ist diese Vereinigung bereits aus der vorjährigen Kirchlichen Woche in Bromberg, welche Stadt ja für den Besuch aus beiden Landesteilen die günstigste Lage hatte. Um dieses Jahr gerade den Vertretern aller kirchlichen Verbände, Anstalten und Vereinigungen aus Pommern den Besuch zu erleichtern und die Genannten aus diesem Landesteil besonders zahlreich heranzuziehen, wurde die Kirchliche Woche nach Graudenz gelegt. Die Versammlungen sind für Montag bis Freitag in Aussicht genommen, und bereits jetzt sind über 90 auswärtige Vertreter angemeldet und größtenteils schon erschienen, an ihrer Spitze der allberechtigte Generalsuperintendent D. Blan aus Posen.

Heute abend tagten zunächst gemeinsam die beiden Pfarrvereine. Vorläufig werden sie für jeden Landesteil noch besonders bestehen, haben aber einen vereinigten Arbeitsausschuß gewählt. Diese beiden Superintendenten Rode-Posen, Superintendent Engelhardt-Dirschau und Pastor Kammer aus Posen, erstmals beider die Vorsitzenden der beiden Vereine, der dritte der Schriftführer des Landesvereins für Innere Mission. Pastor Kammer, der besonders die mit dem Religionsunterricht zusammenhängenden Sachen bearbeitet, berichtete über die Verhandlungen, betreffend die kirchliche Leitung derselben. Bei dem Darunterliegen unseres Schulwesens bedarf der Religionsunterricht ganz besonders der eifrigsten Mitarbeit der Schule, des Elternhauses und der Kirche. Danach sprach Pastor Müller-Schönsee über die rechtliche Lage des hiesigen Pfarrerstandes. Pastor Müller leitete bisher den westpreußischen Pfarrerstand, muß aber in den nächsten Tagen das Land verlassen, da er ohne Angabe von Gründen des Landes verwiesen worden ist. Er sprach besonders auch über die Option. Ein Vertrag hierüber zwischen Deutschland und Polen besteht noch nicht. Wer also heut vor einer hiesigen Behörde optiert, verzichtet damit auf die polnische Staatsange-

hörigkeit, ist aber noch nicht gewiß, ob er die deutsche erlangt. Die große Mehrheit der Versammlungsteilnehmer sprach sich dafür aus, die Option zu unterlassen und weiter treten bei ihren Kirchengemeinden auszuharren. Die Erwaltung muß freilich ausgesprochen werden, daß auch die Gemeindesiedler der Heimat die Treue bewahren, denn wenn die Gemeinden gar zu sehr zusammenkrumpfen, ist der Pastor gezwungen, wegzugehen. Auch muß erwartet werden, daß die Gemeinden noch Kräfte für ein auftretendes Schalt der Pastoren sorgen. Der Staat gibt hierfür, trotzdem keine rechtliche Verpflichtungen vorliegen, keinen Pfennig her, während er für die katholische Kirche bedeutende Mehrleistungen, die die Verpflichtungen übersteigen, auf sich genommen hat, über die wirtschaftliche Lage der Geistlichen erstattete Pastor Kammer den Bericht.

Morgen tagt der Landesverband für Innere Mission und die Theologische Studiengemeinschaft, auch findet ein Eröffnungsgottesdienst statt, in dem Generalsuperintendent D. Blan predigen wird.

Soral- u. Provinzialzeitung.

Posen, 20. Oktober.

Verhetzung.

Über verhetzende Plakate wird der „Ostsch. Adsch.“ aus Nowoclaw geschrieben: „Hier prangt seit einigen Tagen im Schaufenster des Kaufmanns Jilfiewicz, Friedrichstraße, ein Schild mit polnischer Aufschrift: „Juden ist der Eintritt verboten“. Da der Plakataussteller selbst von jüdischen Fabrikanten kauft und auch gar keine jüdische Kunden hat, so tut er dies lediglich, um die Bevölkerung zu verhetzen“.

Wirheimer hierzu: Auch in der Stadt Posen kann man seit einiger Zeit solche gedruckte Plakate mit der gleichen Inschrift in verschiedenen Geschäften u. a. in einer Papierwarenhandlung an der ul. Gogowska (r. Glogauerstr.) sehen. Aus mehreren Geschäften sind diese samotische Plakate allerdings inzwischen bereits verschwunden. Es sieht für jeden Unbesangenen fest, daß das Aufhängen der Plakate lediglich den Zweck der Verhetzung hat, und daß dieser Zweck leider wie die tägliche Beobachtung lehrt, auch erreicht wird. Auch in Thorn tauchen, wie uns berichtet wird, derartige Plakate in den Schaufenstern verschiedener Geschäfte auf.

Deutscher Theaterverein. In der sehr stark besuchten Monatssitzung des Vereins, die am Mittwoch dieser Woche in der

Gievertchen Ständerei stattfand, sprach nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten der Vereinsvorsteher, Herr Dr. Boenenthal, über Goethes „Faust“ und seine Darstellung auf der Bühne. An den etwa dreiviertelstündigen Vortrag schloß sich eine Aussprache über einige Probleme der Faustinterpretation. (Wir werden den wesentlichen Inhalt des Vortrages demnächst im Wortlaut veröffentlichen, da er geeignet ist, als Einführung zu der vom Theaterverein beabsichtigten Aufführung des ersten Teiles von Goethes „Faust“ zu dienen. Ann. d. Schriftl.) Der nächste Theaterabend findet am Freitag dieser Woche statt. Er bringt eine Wiederholung des vor längerer Zeit gegebenen Lustspiels „Das Extemporale“. Am Freitag, den 28. Oktober, findet der erste deutsche Übertragung dieses Winters statt. Gegeben wird Lortzing's „Waffenschmied“. Die erste Novemberwoche bringt eine Wiederholung der im Sommer mit Erfolg aufgenommenen konzertmäßigen Aufführung von Mozarts „Bauerndrama“. Die erste Faust-Aufführung ist für Montag, den 7. November, in Aussicht genommen.

X Festnahme von Kirchenräubern. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, drei von hier kommende Kirchenräuber im Alter von 21, 27 und 40 Jahren und ihren Helfer, der gleichfalls hier wohnhaft ist, festzunehmen. Sie hatten u. a. im Mai d. Js. in Klein Starzenka im katholischen Goteshause ein massiv silbernes Kreuz zerbrochen und das Tabernakel gestohlt; ferner hatten sie in Bruse, zwischen Rogosin und Wongrowitz, die Kirche ausgeraubt. Ein Teil der Diebesbeute wurde völlig verbogen und beschädigt vorgefunden.

X Beischlagnahme Niedesbente. Bei einer Arbeiterfamilie in Balowic forderte eine Haussuchung eine große Menge neuer wertvoller Spizen, Stickerei, Seiden usw. zutage, die offenbar aus Einbruch diebstählen herrührten. Einige Geschädigte werden aufgefordert, sich im Zimmer 4 der Kriminalpolizei zu melden, wo Broden der gestohlenen Sachen zu beschaffen sind.

* Schweiz, 18. Oktober. In den Vormittagsstunden des Sonntags zog das Marinebataillon aus ihrer früheren Garnisonsstadt Tomi kommand, in unsere Kojen ein.

* Mewe, 18. Oktober. Seit dieser Woche versorgt die Gasanstalt, die über drei Monate infolge Kohlemangel kein Gas abgeben konnte, unsere Stadt wieder mit Gas.

* Kuthaus, 18. Oktober. Das 2. Abteilung Infanterie-Regiment, ein polnisches Regiment, das seit dem Februar in Kuthaus in Quartier gelegen hatte, hat dieser Tage den Ort verlassen.

Hauptabteilung: Dr. Wilhelm Boenenthal, für Sohn, Handel, Land und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Boenenthal; für Total- und Bevozialisation: Rudolf Herbrecht meier. Für den Angehörigen: M. Grunberg, Druck und Verlag der Boener Buchbinderei und Verlagsanstalt T. A. Kämmer in Bozen.

Wolf'sche Lokomobile,

12 Atm., 28,92 qm Heizfläche, 100/117 PS, 1909 erbaut, wenig gebraucht, verkauft 3473

Landw. Grosshandelsgesellschaft m. b. H., Zweigniederlassung Pelplin (Kornhaus).

Landwirtschaft

ca. 150—300 Morg. direkt vom Besitzer zu kaufen gesucht. Zahlbar in Deutschland. Offerten an

H. Aust, Leszno,
Aleje Mickiewicza.

100—200 Waggon Speisekartoffeln

(Industrie gelb-fleisch. u. m.) per sof. zu kaufen gesucht. Erlangte erheb. scanto deutscher Grenzstation.

Dagegen liefere ich:

gleiches Superphosphat u. Thomasschladenmehl

Transit Danzig.

Richard Ernst,
Berlin W. 57, Bülowstraße 43.
Telephon: Amt Nollendorf 2191. 3472

NEUHEIT!!! „URGLOS“

Keine Kohlensorge mehr, wer sich einen kleinen transportablen Ofen frühzeitig besorgt. — Bestellungen werden bei 3507 B. Urbanowicz, Poznań, al. Babrowskiego 24, entgegenommen

Aufgetrockneter Trettorf,

ca. 1200 Zentner, in festen Stücken, hoher Heizwert, auch in kleineren Mengen nur an Selbstabholer ab Torfwiese Ludwigsthal bei Oborniki bei Landwirt Neß abzugeben. Wegen größerer Neugen an 2. Goldstein, Poznań, ulica Pocztowa 29. 3501

Zwei Drehbänke, gebrauchte

1—2 Meter Drehlänge, gut erhalten, zu kaufen gesucht.

Bracia Malak, Maschinenfabrik, Znin.

Die Geschäftsräume des

Urząd Węglowy hylej dzielnicy pruskiej in Liquidation w Poznaniu

ulica 27. Grudnia 9 I

befinden sich

vom 19. Oktober d. Js. ab

nur

ul. ŚW. Marcina 64 I.

Die Geschäftszeit für Interessenten nur von 10—1.

Urząd Węglowy h. dzieln. prusk.

in Liquidation.

Stellenangebote

Gesucht anständiges junges Mädchen als

Bürohilfskraft

für Polnisch u. Deutsch. Off. mit Lebenslauf unter S. E. 3479 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Stellengelehrte

Suche zu sofort Stell. als

1. Beamter

auf größerem. Gute der Prov.

Poznań. Bl. 28 J. alt. ev.

unverh. d. poln. Spr. mächt.

Offizier gew. Ang. u. 3512 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbd.

Junger Mann, 21 J. alt. evgl. sucht sofort Stellung

in Kolonialwaren- u.

Deutschlandsgeschäft. Gesl.

Angebot unter B. N. an

die Geschäftsstelle des Wochen-

blattes in Nogózno. 3510

Frl. 34 J. alt. sucht Stell.

als selbst. Wirtschaftser.

Beife Zeugn. a. hochwertig.

Hauern siehe z. Seite. Off.

u. 3511 a. d. Gesch. d. Bl. erbd.

Angabe an Gebromsk, Nowa Janówka.

Bilanzfisch. Buchhalter

der sofort oder später gerucht.

Danziger Privat-Aktien-Bank, Filiale Posen.

13440

Wir suchen für sofort einen zuverlässigen

Heizer und Maschinisten

für unsere Sauggasanlage. Gelernter Schlosser bevorzugt.

Angebote unter 1535 an das Landwirtschaftliche Zeit-

ungsblatt für Polen, Poznań, Wjazdowa 3.

Wir suchen für sofort einen tüchtigen und

zuverlässigen Müller gesellen.

Angabe unter 1538 an das Landwirtschaftliche Zeit-

ungsblatt für Polen, Poznań, Wjazdowa 3.

Die Männer sind gründlich

durchrepariert und betriebsfertig.

Die Männer sind gründlich